V-10 NEU-025 Nein zu BDS! - Boykott führt zu keiner Lösung

Antragsteller*in: Tobias Balke, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

## Änderungsantrag zu V-10 NEU

Von Zeile 25 bis 35:
~~Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-Kampagne und antisemitischen Akteur*innen der Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen auf nicht mit der BDS Kampagne zusammenzuarbeiten und sich inhaltlich mit ihr auseinanderzusetzten um sie entschieden zurückzudrängen. Wir erwarten von politisch tätigen Menschen in Deutschland, dass sie im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung handeln. Man kann an der israelischen Regierung berechtigte Kritik üben. In Deutschland generell israelische Waren, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen zu boykottieren und den kulturellen Austausch zwischen Israelis und Deutschen abzulehnen, wird nach unserer Auffassung unserer historischen Verantwortung in keiner Weise gerecht. Wir setzen auf Partner*innen, die gemeinsam mit uns für eine emanzipatorische und gerechte Gesellschaft streiten.~~

Die deutsche Zivilgesellschaft soll zum - den Konflikt und seine Asymmetrien reflektierenden - Dialog mit allen Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft bereit sein. Schon deshalb sind wir entschieden gegen jede Boykottierung, Ausgrenzung und Abweisung israelischer Künstler*innen und Wissenschaftler*innen. Aufrufe zum Boykott von israelischen Waren und Dienstleistungen halten wir ebenfalls für völlig verkehrt. In Deutschland erinnern sie, auch wo das überhaupt nicht beabsichtigt ist, zwangsläufig an das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte. Außerdem öffnen Boykottaktionen erfahrungsgemäß eine Flanke für antisemitische Trittbrettfahrer*innen. Deshalb wirbt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin für eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Instrumenten der BDS-Bewegung und führt nach ihren Möglichkeiten Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch, um eine weitere Polarisierung der Debatte zu verhindern und auf eine Konfliktregelung im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung hinzuarbeiten. Denn BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Berlin ist überzeugt, dass die BDS-Bewegung effektiver und nachhaltiger durch Argumente zurückgedrängt werden kann, als durch eine pauschale Verurteilung.

## Begründung

siehe Begründung zum Antrag V-10-neu-001